

21. März 1933 - Der Tag von Potsdam

Dem neu ernannten **Reichskanzler Adolf Hitler** war es trotz des Einsatzes von Terror und der gezielten Behinderung politischer Gegner beim Urnengang am 5. März 1933 wie schon bei den Novemberwahlen 1932 nicht gelungen, die absolute Mehrheit der Mandate im Reichstag für seine Koalition zu erringen. Den 240 Parlamentariern der Regierungskoalition standen 120 der SPD und 81 der KPD gegenüber. Bereits wenige Tage später wurden die Mandate der KPD für ungültig erklärt und mit der **Verhaftung der Abgeordneten** begonnen.

Am „Tag von Potsdam“, dem **21. März 1933**, inszenierten Reichskanzler **Adolf Hitler** und Reichspropagandaminister **Joseph Goebbels** davon unbeirrt den feierlichen Zusammentritt des neugewählten Parlamentes als „**Tag der nationalen Erhebung**“. Der 21. März war zugleich auch der 62. Jahrestag der Eröffnung des ersten Reichstages des Kaiserreiches. Nachdem dieses sogenannte „Zweite Reich“ 1918 untergegangen und von der Weimarer Republik abgelöst worden war, demonstrierte Hitler nun symbolisch den **Brückenschlag** zu der als ruhmvoll empfundenen deutschen Vergangenheit vor dem demokratischen „Zwischenspiel“. In **der Potsdamer Garnisonkirche** verbeugte sich das „junge Deutschland“ in Gestalt Hitlers vor dem ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall und jetzigen **Reichspräsidenten Paul von Hindenburg**. Eine Geste der Demut, die propagandistisch die **Legitimität des neuen Regimes als Erbe des „Zweiten Reiches“** herzustellen suchte.

Am „Tag von Potsdam“ blieben Schulen und Behörden geschlossen, in vielen deutschen Städten fanden Festlichkeiten nach gleichem Muster statt. Katholische und evangelische Gottesdienste leiteten die Feierlichkeiten ein. Nach dem Festakt mit den Reden Hindenburgs und Hitlers legte der Reichspräsident Kränze an der Gruft Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms I. nieder. Anschließend hielten SS, SA, Stahlhelm, Schutzpolizei und Reichswehr eine Parade ab. Zu den geladenen Gästen zählten das diplomatische Korps, Vertreter aus Wirtschaft und Verwaltung, Offiziere der Reichswehr und SA-Führer sowie Abgeordnete des Reichstages. Die Mandatsträger der SPD-Fraktion blieben der Veranstaltung geschlossen fern.

Der Tag von Potsdam war von Goebbels bis ins Detail geplant worden. Dazu gehörte auch die **landesweite Übertragung im Rundfunk**. Erstmals strahlten alle regionalen Sender ein einheitliches Programm aus. Zeitungsberichte noch Tage nach dem Ereignis, Plakate und Postkarten rundeten das propagandistische Aufgebot ab.

Die Dramaturgie der **symbolischen Versöhnung** von **konservativer Tradition** und **„nationalsozialistischer Erneuerung“** wies Hindenburg eine tragende Rolle zu. Der damit erzeugte Eindruck der Dominanz der konservativen Kräfte war Teil einer gezielt geschaffenen Illusion, die von den Maßnahmen der Nationalsozialisten zur Erringung ihrer Alleinherrschaft ablenken sollte. Bereits am 4. Februar war mit der „Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes“ die Grundlage zur Ausschaltung politischer Gegner geschaffen worden. Mit der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ („Reichstagsbrandverordnung“) vom 28. Februar hatte die neue Regierung in der Folge die formale Voraussetzung für die **Willkürherrschaft des Regimes** geschaffen. Obwohl die nationalsozialistischen Minister im Kabinett in der Minderheit waren, beförderte Hitler durch die Besetzung zentraler Schaltstellen der Macht auf Reichs- und

Länderebene sein Ziel, den **demokratischen Rechtsstaat abzuschaffen** und damit den Weg in die **Terrorherrschaft** zu ebnen.

Der Prozess der sogenannten „Machtergreifung“ wird in der Forschung mit dem Begriff der „**legalen Revolution**“ umschrieben. Die Nationalsozialisten initiierten eine tiefgreifende Umwälzung mit Auswirkungen auf alle Bereiche des Staates und des privaten Lebens, betonten dabei aber den vermeintlich legalen, Recht und Verfassung folgenden Ablauf. Hitler hatte aus dem gescheiterten **November-Putsch 1923** die Lehre gezogen, dass ein offener Angriff auf die bestehende Ordnung nicht zum Erfolg führen würde. Mit der Strategie der „legalen Revolution“ machte er sich die **Obrigkeitsgläubigkeit** von weiten Teilen der Bevölkerung zunutze, um im Bündnis mit demokratiefeindlich eingestellten Eliten aus Bürgertum und Bürokratie die Weimarer Republik zu Fall zu bringen. Fritz Fischer weist in diesem Zusammenhang mit Recht darauf hin, dass umgekehrt auch diese Kräfte „Hitler in den Dienst ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen, ja auch militärisch-machtpolitischen Zielsetzungen stellen wollten“ – eine Symbiose, deren Grundlage die gemeinsame Ablehnung der Weimarer Republik bildete. Die fatale Fehleinschätzung einer möglichen „**Zähmung**“ **Hitlers** durch die Konservativen im Kabinett symbolisiert daher auch das **Versagen von Teilen des Bürgertums sowie die fahrlässige Unterschätzung des Nationalsozialismus**. Zwei Tage später, am 23. März 1933, verabschiedete der Reichstag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion das **Ermächtigungsgesetz**.

Quellen:

Bracher, Karl Dietrich: Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln⁷ 1993.

Fischer, Fritz: Zum Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte von Bismarck zu Hitler, in: Bracher / Funke / Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Bonn 1986, S. 770-782.

Freitag, Werner: Nationale Mythen und kirchliches Heil: Der „Tag von Potsdam“, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 379-430.

Kreutz, Wilhelm: Der „Tag von Potsdam“ im deutschen Rundfunk, in: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim 42 (1993), S. 21-30.

Scheel, Klaus: Der Tag von Potsdam, Berlin 1996.

Bearbeiter: VA Marc Bomhoff und Anke Schuster, M.A. (Praktikantin), , Fachbereich XI (WD 1) - Geschichte, Zeitgeschichte und Politik